

Kein fixer Lohndeckel, aber Debatte

Lohn Der Bieler Gemeinderat will den eigenen Lohn nicht auf 200 000 Franken pro Jahr beschränken. Gegen eine Überprüfung der Löhne wehrt er sich aber nicht – allerdings soll der Stadtrat entscheiden.

Der Bieler Gemeinderat lehnt es ab, die eigenen Löhne fix auf 200 000 Franken pro Jahr zu beschränken. Dies forderte SVP-Stadträtin Sandra Schneider in einer Motion (das BT berichtete). Aktuell verdient Stadtpräsident Erich Fehr 262 000 Franken, die anderen vier Gemeinderatsmitglieder je 238 000 Franken.

Eine fixe Grenze von 200 000 Franken sei zu starr, argumentiert der Gemeinderat in seiner Antwort auf Schneiders Motion. Eine solche hat etwa die Stadt Bern 2004 eingeführt, weshalb Berns Stadtpräsident weniger verdient als jener von Biel. Das Lohndach in Bern wird aber laufend der Teuerung angepasst, weshalb auch Berns Stadtpräsident heute mehr als 200 000 Franken verdient.

Genau das ist für den Bieler Gemeinderat mit ein Grund, wieso er die fixe Limite von 200 000 Franken ablehnt. Vor zehn Jahren wäre dieser Betrag noch mehr wert gewesen. Aufgrund der Teuerung würde er heute aber auch auf die Löhne der städtischen Angestellten drücken und die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin negativ beeinflussen. So habe Bern regelmässig Schwierigkeiten, gute Kaderleute zu rekrutieren, sagt Fehr. Auch für das Amt des Gemeinderates gelte, dass zu restriktive Anstellungsbedingungen die Bereitschaft zu einer Kandidatur spürbar einschränken könnten.

Offen für die Debatte

Grundsätzlich hat der Gemeinderat aber nichts dagegen, die Anstellungsbedingungen nach 26 Jahren einer umfassenden Überprüfung zu unterziehen. «Es ist legitim, diese Frage zu stellen. Wir wollen uns der Debatte nicht verschliessen», sagt Fehr. Wichtig seien aber zwei Punkte: Erstens will der Gemeinderat nicht selber über die eigenen Löhne bestimmen. «Derartige Themen sind per Definition immer heikel.» Er beantragt dem Parlament deshalb, eine Kommission einzusetzen. «Der Stadtrat soll diese Verantwortung nicht an uns delegieren, sondern selber wahrnehmen.» Zweitens müsse



Mit einem Lohndeckel von 200 000 Franken bei allen fünf Bieler Gemeinderäten würde die Stadt 200 000 Franken pro Jahr sparen.

as/fa

eine Gesamtschau gemacht werden. «Die Lohnfrage darf nicht isoliert betrachtet werden», sagt Fehr. «Es braucht keinen effekt-haschenden Schnellschuss, sondern eine seriöse Abklärung.» Um zu beurteilen, ob die Entschädigung des Gemeinderates angemessen sei, gelte es, auch die Rentenregelungen, allfällige Spesenentschädigungen oder Nebeneinkünfte zu berücksichtigen. An einzelnen Teilen – etwa den Löhnen – zu schrauben, ist laut Fehr keine gute Idee.

Die Kommission soll die Anstellungsbedingungen als Ganzes überprüfen, allenfalls gleich im Zusammenhang mit der Revision des Personalreglements, für die sowieso bald eine stadträtliche Kommission eingesetzt wird. Denn der Lohn des Bieler Gemeinderates ist seit 1988 an die Saläre des Personals gekoppelt. Die Bedingungen insgesamt sind

laut Fehr im Moment befriedigend, «weder speziell gut noch schlecht».

Schneider ist unzufrieden

Ob der Vorschlag des Gemeinderates angenommen wird, entscheidet das Stadtparlament voraussichtlich im April. Motionärin Sandra Schneider kündigte gestern in einer Medienmitteilung an, dass sie damit nicht einverstanden ist. Sie werde an ihrer Motion festhalten. Eine Umwandlung in die unverbindliche Form des Postulats sei keine Option. «Was es in der heutigen schwierigen Zeit braucht, sind klare Bekenntnisse zu gesunden Finanzen.» Die Antwort des Gemeinderates bezeichnet sie als «ausweichend und unverbindlich».

Der Gemeinderat habe es verpasst, ein positives Zeichen zu setzen. Aufgrund der schlechten

Finanzlage Biels «wäre es angebracht gewesen, wenn der Gemeinderat von sich aus auf einen Teil seines hohen Gehalts verzichtet hätte». Sie verweist auf die Stadtregerungen von Win-

Was verdienen die Stadtpräsidenten?

• Biel	262 000
• Bern	224 500
• Burgdorf	224 000
• Thun	238 000
• Lyss	145 000
• Grenchen	235 000
• Solothurn	243 000

(Alle Angaben in Franken)

Info: Die Zahlen enthalten keine allfälligen Nebeneinkünfte, etwa durch ein Amt im Grossen Rat.

Quellen: Weltwoche, Beobachter.

terthur und Luzern, die auf Druck der SVP diesen Schritt getan haben.

Biels Stadtpräsident Erich Fehr winkt jedoch ab. «Es wurde nicht gefordert, dass wir temporär auf Lohn verzichten.» Insbesondere aber sei der Gemeinderat «felsentfest» davon überzeugt, dass er nicht über die eigenen Löhne entscheiden – und somit auch nicht selber eine Senkung bestimmen sollte. Es sei dem Stadtrat überlassen, eine solche temporäre Lösung zu diskutieren.

Für Sandra Schneider ist das zu wenig. Sie zeigt sich enttäuscht darüber, dass der Gemeinderat «nicht von sich aus Lösungsvorschläge präsentiert hat oder selber ein Zeichen der Solidarität setzen will».

Link: www.bielertagblatt.ch
 Wäre ein Lohndach sinnvoll? Diskutieren Sie online mit.

Schausteller sorgen sich um Rummelplatz

Biel Während der Bieler Fasnacht ist der Lunapark auf dem Neumarktplatz zu Gast. Wegen der vorgesehenen Umgestaltung des Platzes sehen die Schausteller ihrer Zukunft in Biel düster entgegen.

An der gestrigen Presseorientierung der Schausteller mit Werner Laubscher und Arthur Matherer in Anwesenheit von René Geiser, Leiter Polizeinspektorat Biel, und Daniel Gunziger, Marktpolizei, waren weniger die neuen Rummelplatzgeräte Octopus und Tower das Gespräch, als vielmehr die vorgesehene Umgestaltung des Neumarktplatzes (das BT berichtete).

Mit dieser Umgestaltung ist unter anderem auch das Pflanzen von Bäumen vorgesehen. Seinerzeit wurde vom damaligen Bieler Baudirektor Hubert Klopfenstein mit dem Schweizerischen Schaustellerverein eine Reduktion des

Platzangebots von zirka 20 Prozent vereinbart. Mit dieser Einschränkung waren der Schweizerische Schaustellerverein sowie die betroffenen Schausteller einverstanden.

Mit der vorgesehenen Neugestaltung wird das Platzangebot aber nun gar um das Doppelte verkleinert, was gemäss Werner Laubscher, Vizepräsident des Schweizer Schaustellervereins mit Sitz in Bern, die Attraktivität des Lunaparks arg schmälern würde. Bei einer Reduktion ab 40 Prozent sieht Laubscher keine Möglichkeit mehr, auf dem Neumarktplatz grosse Rund- und Hochfahrtgeräte aufstellen zu können. «Das wäre nicht nur für die Schaustellerfamilien, von denen etliche seit Jahrzehnten während der Bieler Fasnacht und der Bieler Braderie ihr Einkommen verdienen, ein herber Verlust, sondern auch für die vielen treuen Besucher des Lunaparks», sagt er.

Der Neumarktplatz sei ein idealer Standort für den Lunapark. Eine Alternative sehe er keine in Biel, so Laubscher. Dass dieser Platz für die Bevölkerung attraktiviert werden soll, beurteil-

Zwei neue Geräte

Vom 7. bis am 23. März können sich die Besucher auf dem Neumarktplatz in Biel auf dem Lunapark vergnügen. Nebst den traditionellen Geräten stehen für sie neu das Octopus-Karussell und der Tower zur Benutzung bereit.

Das Octopus-Karussell hat die Form einer Krake mit Armen und Gondeln, die sich auf und ab sowie hin und her bewegen.

Wer das Höhenabenteuer sucht, findet dieses beim Tower, der die Besucher ab Boden 17 Meter in die Höhe und wieder hinunter schwingt. Nicht zum ersten

mal, aber dieses Jahr wieder auf dem Neumarktplatz anzutreffen, ist auch die Mini-Scooter-Anlage für Kinder bis 14-jährig.

Am Samstag, 15. März, können jegliche Geräte von 13.30 bis 14 Uhr gratis auskosten. hf

Info: Die Öffnungszeiten: Fr 7.3.: 16 bis 1 Uhr; Sa 8.3.: 13 bis 1 Uhr; So 9.3.: 13 bis 22 Uhr; Mi 12. und 19.3.: 14 bis 22 Uhr; Fr 14. und 21.3.: 15 bis 22.30 Uhr; Sa 15. und 22.3.: 13.30 bis 22.30 Uhr; So 16. und 23.3.: 13.30 bis 22 Uhr. An allen übrigen Wochentagen von 15 bis 22 Uhr.

drei bis fünf Bäumen weniger sähen sie das Problem grösstenteils gelöst. «Jetzt ist noch Zeit für Kompromisse, wenn aber der Platz einmal umgestaltet ist, geht nichts mehr», so Laubscher. hf



Grund für die Sorge: Das Gesicht des Neumarktplatzes.

tl/fa

Buslinie 11 bald schneller?

Biel Eine Busspur wird es auf der Tessenbergstrasse nicht geben. Diskutiert werden soll dafür, ob man die Lichtsignalanlage optimieren müsse, damit der Bus schneller vorwärtskommt, findet der Bieler Gemeinderat.

Im Dezember 2013 reichte der Gross- und Stadtrat Peter Moser (FDP, Biel) je ein Postulat im Grossen Rat sowie im Bieler Stadtrat ein. Darin ersuchte er um eine neue Bus- und Velospur, die auf der Strecke Vingelz-Biel gebaut werden soll. Die «desolanten Zustände auf der Neuenburgstrasse» und der daraus folgende Stau haben Moser dazu bewegt, dieses Anliegen vorzubringen. Denn die Zustände führen ständig zu Verspätungen der Buslinie 11.

Der Bus ist das einzige öffentliche Verkehrsmittel, mit welchem Vingelz zu erreichen ist. Bei Stau werde das Quartier Vingelz dadurch «regelrecht abgeschnitten», was ein «unhaltbarer Zustand für ein Stadtquartier» sei. Gerade durch Baustellen werde die Situation zusätzlich verschärft. Mit einer neuen Bus- und Velospur soll dies vermieden werden und der ÖV eine «valable Alternative zum Auto» sein, so Moser.

Erneuerung nicht nachhaltig

Der Gemeinderat Biel schreibt in seiner Antwort, dass nach Absprache mit dem Bundesamt für Strassen (Astra) keine solche Erneuerung vorgesehen sei. Das Massnahmenkonzept des Unterhaltsplans sei auf Sanierung ausgerichtet und nicht auf Erneuerung. Um die Bus- und Velospur realisieren zu können, wäre eine Strassenverbreiterung von etwa zwei Metern nötig. Wie auch der Regierungsrat schreibt, bedeute dies grosse Investitionen, die sich nachhaltig nicht lohnten, so die Stadt Biel.

Durch den Umfahrungstunnel werde die Neuenburgstrasse in einigen Jahren erheblich entlastet, wodurch die Neuerungen überflüssig würden. Wie der Grosse Rat schreibt, sollen in Zukunft bis zu zwei Drittel des motorisierten Individualverkehrs den Tunnel nutzen.

Lichtsignalanlage soll helfen

Als Alternative wird jedoch eine Optimierung der Lichtsignalanlage an der Tessenbergstrasse in Betracht gezogen. Hier soll geprüft werden, ob die Lichtsignalanlage zugunsten einer Busbeschleunigung verbessert werden kann. So sollen die Busse früher angemeldet und die Stausituation präziser erfasst werden. Gemeinsam mit dem Astra wolle die Stadt Biel die Überprüfung dieser Anlage einleiten, wofür Anfang 2014 ein entsprechendes Begehren eingereicht worden ist.

Der Regierungsrat, welcher dieses Anliegen ebenfalls behandelte, schrieb in seiner Antwort vom Dezember 2013, dass er die Zuständigkeit beim Bund sehe (das BT berichtete). Das Astra sei sich dieses Problems bewusst. Eine erste Sitzung zu dieser Problematik habe im gleichen Monat zwischen dem Astra, dem kantonalen Tiefbauamt, der Regionalplanung und der Stadt Biel stattgefunden. Gleichzeitig schrieb der Regierungsrat aber auch, dass ein derartiges Anliegen aus finanziellen Gründen nicht möglich sei. Das Postulat wurde dennoch angenommen. rg